

Ersteinstufige
 monatlich 80 Pf.
 Abonnementpreis
 monatlich 1.60 Mk.
 vierteljährlich 4.80 Mk.
 halbjährlich 9.60 Mk.
 jährlich 19.20 Mk.
 Durch die Post bezogen
 1.60 Mk. zuzü. Postgebühren.

Die Neue Welt
 (Anhaltungsverhältnisse)
 monatlich 10 Pf.

Veränderung-Anträge:
 Redaktion: Nr. 200,
 Gasse: Nr. 1047,
 Telephon-Nr.: 1047,
 Postamt: Halle a. S.

Sozialdemokratisches Organ

Insertionsgebühren
 (für die 6 spaltenweise
 Zeilen) oberer Raum
 30 Pfennig,
 (für unterer Raum)
 25 Pfennig.
 Im reaktionären Falle
 kostet die Zeile 70 Pfennig.

Insertion
 für die 6 spaltenweise
 Zeilen (inklusive des
 Material) aufgegeben
 sein.

Einlagen in die
 Postkassette.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
 Expedition: Part. 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Redaktion: Part. 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

„Affenkomödie.“

Wahlrechtsfrage im Dreiklassenhaufe.

Die preussische Wahlrechtsfrage innerhalb des Dreiklassenhauses ist zur richtigen „Affenkomödie“ geworden, wie ein Abgeordneter bei der Abstimmung am Dienstag sehr richtig dazwischen rief. Das erhabene Haus lehnte nach ein wenig belangloser Rederei den Antrag der Freisinnigen auf Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen unter dem Vorhange der Junter ab. Wenn die Wahlrechtsfrage nicht von Volke draußen gemacht würde, so wäre in der „Volksvertretung“ nun alles erledigt. Freilich, es ist Sommer, man hat keine Lust, die preussische Wahlrechtsfrage aufzurollen. Das ist begreiflich, denn erstens ist das Problem so groß und gewaltig und bedeutet letzten Endes eine revolutionäre Machtverschiebung in unserer ganzen Politik, und zweitens blickt man allerseits auf die kommenden Reichstagswahlen. Wer will da in Preußen Bäume ausreizen?

Ein besonderer Anlaß zur Aufrollung der preussischen Wahlrechtsfrage lag durch die Gewährung eines halbwegs vernünftigen Wahlrechts an den Elfsaß-Lotharinger vor. Aber die Hoffnung, die Regierung würde Preußen nicht zu verweigern den Rat haben, was sie dem Elfsaß zugehört, die hat sich als viel zu rosig herausgestellt. Die preussische Regierung weiß ganz genau, welche Nachmittel ihr hier zur Verfügung stehen und was sie dem preussischen Volke bieten kann. Sie traktierte das Klassenhaus mit absoluter Verachtung! Als der Wahlrechtsantrag zur Beratung kam, brachte sie der sogenannten Volksvertretung den Rücken und dachte mit Ötz von Verdingen: „Redt mich...“ In der Tat: Affenkomödie!

Das preussische Volk fühlt sich durch diese „Antwort“ an das Klassenhaus nicht etwa getroffen, nein — es lacht über die Komödie. Denn wer erkennt es die Regierung als die ihre, noch die Volksvertreter als die seinen an. Es spielt alle die Rolle des Zuschauers. Freilich wird von den Geschäftsleuten um Volksrecht gepöbelt oder vielmehr gelächelt, aber wie gesagt, es ist jetzt nicht die Zeit, hochtöniges Geschwätz aufzuführen und den ganzen Spul zum Teufel zu jagen — das kommt später. Für heute mag nur festgehalten sein, was sich da in der Klassenstube abspielte.

Dreierteil war von vornherein überhaupt nur von Interesse: erstens, wie sich die Regierung verhalten, zweitens was die Nationalliberalen, drittens was das Zentrum sagen und tun würden. Alles andere war belanglos, denn die Konservationen sind grundsätzlich gegen jede Änderung des Dreiklassenwahlrechts, die Fortschrittler sind aus opportunistischen Gründen in Preußen für das gleiche Recht (in den Republiken Hamburg, Bremen, Lübeck nicht), während die Sozialdemokraten grundsätzlich für jede Vertretungsgleichheit in Reich, Staat und Gemeinde das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht verlangen. Diese bekannten Tatsachen traten bei der Beratung wieder in Erscheinung.

Aber auch die Regierung, die Nationalliberalen und das Zentrum „lieben die alten“. Die Regierung pfeift auf das Volk, die Nationalliberalen sind grundsätzliche Feinde des gleichen Wahlrechts und das Zentrum buckelt mit dem Runde Wahlrechtsfreundlichkeit, sorgt aber durch Winkelzüge und Tricks dafür, daß sie ein besseres Wahlrecht zustande kommt. Die Junter haben im Dreiklassenhaufe allein nicht die Mehrheit, obgleich nur wenige Stimmen daran fehlen. Sie brauchen zur Durchsetzung ihres Willens den Hinzutritt einer anderen Partei. In Schul- und Kirchenfragen befolgt das Zentrum, in Polizei, Wahlrechts- und sozialpolitischen Fragen tun das die Nationalliberalen. Junterwille geschieht.

Nachdem in der Wahlrechtsfrage einiges geredet war, löste sich die ganze Debatte bei der Abstimmung in ein tolles Rätsel auf. Als die Rechte den fortschrittlichen Abgeordneten Hilsch, der das Schlusswort hatte, niedergedrückt und Krücker unfreiem Genossen Liebnecht, dem durch einen Schlussantrag das Wort abgeknippt war, verwehrt hatte, mitzutun, was er hatte legen wollen, tam man zur Abstimmung. Die Nationalliberalen beantragten, aus der Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts die Forderung des gleichen Wahlrechts zu ziehen.

Diesen Antrag lehnten natürlich die Wahlrechtspartei der Linken ab, aber auch die Rechte stimmte dagegen, weil sie damit rechnete, daß die Nationalliberalen lieber gegen den ganzen Antrag stimmen würden, als daß sie der Forderung des gleichen Wahlrechts zustimmen. Es wurde also über diese vierfache Forderung gemeinsam abgestimmt, und tatsächlich stimmten die Nationalliberalen lieber gegen den ganzen Antrag, als daß sie neben dem geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht auch das gleiche Wahlrecht gefordert hätten. Für den Antrag selbst stimmten außer Sozialdemokraten, Fortschrittler und Polen das Zentrum, das aber nur sehr schwach besetzt war, was auch ein eigenartiges Licht auf die Wahlrechtsfreundlichkeit des Zentrums wirft.

In dem Antrag war die Einbringung der Wahlrechtsvorlage noch für diese Session gefordert und deshalb im 2. Abfat verlangt worden, daß die Neueinstellung der Wahlbezirke auf Grund der Volkszählung von 1906 vorgenommen werden soll. Das Zentrum erklärte sich gegen diese Bestimmung, weil ja bei Einbringung der Wahlreform in einer späteren Session schon die Volkszählung von 1910 in Betracht kommen würde. Da dem Verlangen des Zentrums auf geforderte Abstimmung über die Frage, welche Volkszählung zugrunde zu legen sei, nicht Rechnung getragen wurde, stimmten das Zentrum bei der Abstimmung über den zweiten Abfat gegen ihn; auch dieser Abfat war damit abgelehnt. Die „Affenkomödie“ war aus — am Mittwoch debattiert man über Willenshaltung.

Diesmal läßt sich das Volk die Komödie noch gefallen, beim nächsten Male wird es die Pöffe zum Drama erweitern!

Die Regierung läßt sich davon!

Über die Komödie im Laufe schreibt die Kor. Stamper: Wer noch nie in seinem Leben einen Minister laufen gesehen, der halte am besten Dienstag im preussischen Dreiklassenhaufe Gelegenheit, dieses fette Schauspiel zu genießen. Raum hatte nämlich der greise Herr Traeger das Podium erklert, um seinen Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts zu begründen, als plötzlich der Minister v. Dallwitz eine Kappe unter dem Arm packte und geräuschlos durch das nahegelegene Seiteneingänge hinausglitt. Aber nicht er allein, alles was da auf der Regierungsbank saß und stand, schien von einer wilden Panik ergriffen. In einem Theater, in dem jemand „Feuer!“ ruft, kann es nicht anders sein. Im Ru läßt sich ein schwarzer Anstich um Geheimen vor dem ministeriellen Anwesenheit zusammen, und che Herr Traeger den ersten Satz seiner Rede beendet hatte, bildete eine Reihe gänglich leerer Ministerstühle melancholisch in den sonst dichtgedrängten Saal. Die Regierung hatte sich gedreht!

Geil Weltmann Holweg! Noch nie hat eine Regierung mit so rücksichtslos Offensiv ihre letzten Gedanken entkühlt. Mut und Wahrheitstheke ziemt dem Manne. Der preussische Minister hat eine penälich diplomatisch ausgelegte und abgeleitete Erklärung abgegeben können, nach der man ebenso flug gehen wie vor. Er hat es aber verstanden, Worte zu fügen, um seine Gedankenlosigkeit zu verbergen, sondern mit schöner Mühsallosigkeit betonte er sich zu dem philosophisch-bescheidenen Grundsatze: Alles, was ich weiß, ist, daß ich nichts weiß. Die Mäte der königlichen Krone von Preußen erklären durch eine humofische Handlung, daß ihnen angeht die drängenden Entwidlung der preussischen Wahlrechtsfrage der Verband stehen gelassen ist. Das war — man muß den historischen Augenblick festhalten — am 27. Juni 1911, drei Uhr und einundzwanzig Minuten.

Und so etwas heißt in Preußen Regierung!
 Im übrigen hat die Debatte vom Dienstag gezeigt, daß sich in der Haltung der Parteien in der Wahlrechtsfrage nichts geändert hat. Wohl besteht eine starke Majorität, die eine Wahlreform für notwendig erklärt, aber wie diese Wahlreform aussehen soll, darüber gehen die Meinungen noch immer weit auseinander. Das Zentrum beharrt bei seiner perfiden Taktik, das gleiche Wahlrecht als unwiderruflich abgelehnt zu sein, und erwidert hingewiesen, es will sich mit schriftlichen Verbesserung an lassen, d. h. die Wahlreform so machen, daß das Fraktionsinteresse nicht gefährdet wird. Die Nationalliberalen aber haben andere Fraktionsinteressen, sie wollen daher auch eine ganz andere Wahlreform: das Wahlrecht soll nicht gleich sondern abgestuft sein, die Wahlbezirke, an denen das Zentrum nicht rühren will, sollen neu eingeteilt werden, aber nicht nach der Bevölkerungszahl. Herr Schiffers Rede gegen das Reichstagswahlrecht überbot an Entschiedenheit das meiste, was man von konservativer Seite zu diesem Thema zu hören gewohnt ist.

Für den braven alten Herrn Traeger, der sich noch immer einbildet, Mitglied einer Fortschrittspartei zu sein, war es gewiß ein eigenartiges Gefühl, zu sehen, wie der „Wahlreformer“ von anderen Mitglied der „Gesamtliberalen“ mit Beifallschlägen gegen seinen Antrag vorging, wie er gegen „ungeheime Demokratie und Oligokratie“ loszog, und wie er sich in seinem absteigend unaufrichtigen Bekenntnis zum

Reichstagswahlrecht im Reiche unter den geschickten Zwickelfen Reinerz darat verhebberte, daß er nicht mehr aus noch ein wußte. Zu solchen Bundesgenossen kann man dem Fortschritt wirklich nur gratulieren, sie werden im Wahlkampf die angenehmen Erfahrungen mit ihnen machen. Denn darüber kann ja kein Zweifel sein, daß der Fortschritt, der mit der Nationalliberalen liberaler gemeinsamen Kandidaten auftritt, den Reichstagswählern für die neuele Schifferede ebenso veranwortlich ist wie der Nationalliberalismus selbst.

Die geschwätzige Kalkofigkeit des preussischen Dreiklassenhauses macht keinen besseren Eindruck als die schmeigende der Regierung. Schließlich setzte der postenaktive Bierwurm die „Abstimmung“ — Affenkomödie nannte sie ein nicht ganz parlamentarischer aber vollkommen zutreffender Zwickelfauf — dem Ganzen die Krone auf. Der Antrag der Nationalliberalen auf getrennte Abstimmungen wurde verworfen und der ganze Antrag gegen eine aus Sozialdemokraten, Fortschrittler und Polen bestehende Minderheit abgelehnt. Also die Situation ist nun: die Wahlreform ist nötig, Krone, Regierung und Haus geben es zu. Aber die Abgeordneten wissen sie keinen Rat, und die Minister laufen davon. Dem Volk aber heißt der Trutz, daß keine Wahlreform noch an der Unmöglichkeit und Unfähigkeit der getriebenen Politiker gescheitert ist. Andere Wähler haben sich in ähnlichen Schwierigkeiten befinden und haben sie zu überwinden gewußt. Auch das preussische Volk wird aus der Verwirrung den Ausweg finden und zu seinem Recht gelangen, wenn es sich gegenüber seinen Gegnern einen Vorgesuch bewahrt: wenn es weiß, was es will!

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 28. Juni 1911.

Polizeiwirkfall wieder befristet!

Befristung des Vereinsrechts.
 Die Gerichtspräsidenten der Polizei sind so erhaben festgelegt und geregelt, daß ihre Autorität wirklich alles tun kann, was ihr beliebt. Eine neuerliche Entscheidung des Reichsgerichts bestimmt wiederum, daß eine Verammlung sofort auseinandergehen müsse, wenn sie die Polizei auflöse, auch wenn die Verammlung nicht öffentlich und die Auflösung zu Unrecht erfolgt sei. Der Fall liegt so:

Der Leiter einer Verammlung hatte einem Gendarmenwachmeister, der die Verammlung „überwachen“ sollte, den Zutritt in den Saal untersagt, weil die Verammlung nicht öffentlich war. Trotzdem wurde die Verammlung von dem Gendarmenwachmeister aufgelöst, weil er der Meinung war, die Verammlung sei eine „öffentliche“. Der Verammlungsleiter verklagte den Auflösung Widerstand entgegen und forderte die Anwesenheit, dem Befehl keine Folge zu geben. Er wurde deswegen angeklagt und vom Landgericht freigesprochen. Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts schloß sich diesem Urteil nicht an, entschied vielmehr, daß die Anwesenheit auf Aufforderung des Polizeibeamten hin sich aus der Verammlung entfernen mußten, wenn auch eine öffentliche Verammlung nicht vorlag. Wenn auch tatsächlich der § 111 A.-S.-G. ausseide, so läme doch § 18 Nr. 4 B.-G. in Betracht, weil sich der Angeklagte nach Erklärung der Auflösung durch den Vertreter der Polizei nicht sofort entfernt habe. Die Frage, ob die Auflösung irtümlich erfolgte, läme dabei nicht in Betracht.

Damit ist der Polizei wiederum Vollmacht gegeben, in jede geschlossene Verammlung einzubringen und sie aufzulösen — ihr geschieht nichts, während sich die Verammlungsbesucher wie stumme Quade augenblicklich entfernen müssen. Die Willkürherrschafft der Polizei hat tatsächlich keine Grenze.
 Und das deutsche Volk läßt sich das ruhig gefallen.

Die einzige reaktionäre Waffe.

Der große Sammlungsverein aller „bürgerlichen“ Parteien kommt in einer Anzahl Wählkreise immer wieder in einem Rest zusammen. Gendarmen hatte den Liberalen ja angedroht, er werde sie eventuell genau so behandeln wie die Sozialdemokraten, also in der Erklärung mit einem „Noten“ nicht unterstützen. Da schreibt nun die Käßliche Anbahnung: Die Gendarmenbrände Wahlparole gegen den Grafen Schwerin-Löwitz und für (!) die Sozialdemokratie erweist bereits, wie gar nicht möglich, ihre zerlegende Kraft. Sie wird von den Konservationen im Wahlkreise Potsdam-Osthavelland nicht befolgt werden. Diese Stellungnahme wird wie folgt begründet: „Angesichts der besonderen Verhältnisse unteres Wahlkreises, der den Wählungsaußenhalt und die Wählungsbedingungen des Grafen Schwerin-Löwitz, hat der Käßliche Neue Wahlkreise unterliegt an der von seinem Vorstand ausgehenden Parole fest, unter allen Umständen die Wahl des Sozialdemokraten Liebnecht zu verhindern.“

Sonnabend beginnt unser Saison-Räumungs-Verkauf.

Massgebend billigste Preise. : : :
Gelegenheitskäufe in allen Abteilungen.
Beachten Sie unsere Spezial-Angebote.



Dörlau u. Umgegend.

Sonnabend den 1. Juli, abends 8 1/2 Uhr,
in „Knolls Hütte“:

Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung:

Welches Interesse haben die Frauen an der Politik?
Referent: Frau Kaschewski-Berlin.
Freie Diskussion. Freie Diskussion.
Einem recht zahlreichen Besuch, vor allem der Frauen,
bei dieser für alle so wichtigen Tagesordnung, sieht entgegen
Der Einberufer.

Canena und Umgegend.

Freitag, den 30. Juni, abends 8 1/2 Uhr,

im
Gasthaus zum Kronprinz in Canena:

Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung:

Welches Interesse haben die Frauen an der Politik?
Referent: Frau Kaschewski-Berlin.
Freie Diskussion. Freie Diskussion.
Einem recht zahlreichen Besuch, namentlich der Frauen
der umliegenden Dörfer, bei dieser für alle so wichtigen
Tagesordnung, sieht entgegen
Der Einberufer.

Dommitzsch.

Sonnabend den 1. Juli abends 8 1/2 Uhr:

Parteiversammlung.

Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen, wird gewünscht, daß
alle Parteigenossen u. Genossinnen erscheinen. — Gleichzeitig machen
wir darauf aufmerksam, daß der Genosse **Waisch** als Expedient,
und die Genossen **Wendt, Bant u. Dittmann** als Zeitungskommission
genädigt sind. Sollten Beschränkungen eintreffen wegen schlechter Zu-
führung des Volksblattes, so bitten wir, sich an viele Genossen zu
wenden.
Der Distriktsleiter.

Arbeit.-Radfahr.-Verein Vorwärts, Kl.-Wittenberg-Platzstr. 27.

Sonntag den 2. Juli 1911, im Kronprinz:
: : 8. Stiftungsfest. : :
Nachmittags 3 Uhr: **Korso**. Im Garten:
Konzert, Frischchen, Lagersachen zum Verloren.
Abends: **CAFÉ HALL**.
Freunde und Gönner des Sports, sowie die
gesamte Arbeiterjugend sind freundlichst ein-
geladen.
Das Fest-Komitee.

Wohnungs-Anmeldung.

Unterzeichneter ist bezogen

von (Ort, Straße u. Hausnummer) _____

nach (Ort, Straße u. Hausnummer) _____

und ersucht um Lieferung des Volksblattes in die neue
Wohnung ab 1. Juli 1911.

Name (recht deutlich) _____

Gemeinschaftliche Ortskrankenkasse der Stadt Merseburg.

Rechnungs-Abschluss.

I. Kaffeurechnung.

a) Einnahmen.		b) Ausgaben.	
M.	S.	M.	S.
1. Kassenbestand für den Anfang des Rechnungsjahres	1652 56	1. Für ärztliche Behandlung	18079 50
2. Zinsen von Kapitalien und sonstigen belegten Geldern	8075 75	2. Für Arznei u. sonstige Heilmittel	6930 50
3. Eintrittsgelder	785 50	3. Krankengelder:	
4. Gesamtbeiträge	65080 99	a) an Mitglieder	23489 72
5. Zulagsbeiträge f. Fam.-Untert.	123 75	b) an Angehörige der Mitglieder	1253 87
6. Ergänzleistungen für gewährte Krankenunterstützung	1294 79	4. Unterhaltungen an Wöchnerinnen	3393 30
7. Ergänzleistungen von Berufsgenossenschaften usw.	388 38	5. Sterbegelder:	
8. Ausgeschalteten Beiträgern u. jurisdizipierten Sparkassen-Einlagen	2500 00	a) für Mitglieder	2415 —
9. Sonstige Einnahmen	376 59	b) für Angehörige	705 50
10. Summe der Einnahmen	75278 31	6. Arzt- und Verpflegungskosten an Kranken-Anstalten	11394 35
		7. Fürsorge für Heimobdachlose nach Beendigung d. Krankenunterstützung	25 30
		8. Ergänzleistungen für gewährte Krankenunterstützung	2123 13
		9. Zurückgezahlte Beiträge und Eintrittsgelder	82 94
		10. Für Anlagen bei Sparkassen	3900 —
		11. Verwaltungsausgaben:	
		a) persönliche	8994 12
		b) sachliche	1062 51
		12. Sonstige Ausgaben	200 95
		13. Summe der Ausgaben	73889 09

c) Mischung.

M.	S.	M.	S.
Summe der Einnahmen	75278 31	Die reine Jahres-Ausgabe der Kaffe betrug in den letzten (vorhergehenden) drei Jahren, nämlich:	
Summe der Ausgaben	73889 09	1907	49 438.60 M.
Ergibt für den Schluß d. Rechnungsjahres einen Kassenbestand von	1389 22	1908	57 838.08 M.
		1910	67 419.47 M.

II. Vermögens-Ausweis

Das Gesamt-Vermögen der Kaffe sieht sich wie folgt zusammen:

M.	S.
1. Aktiva:	
a) der Bestand für den Schluß des Rechnungsjahres 1910	1289 22
b) in Wertpapieren, Sparkasseneinlagen	73891 07
Summe	81180 29
2. Hiernach beträgt der Ueberschuss der Aktiva	80067 13
Nach dem vorjährigen Abschluß betrug der Ueberschuss der Aktiva	1118 18
Ergibt gegen das Vorjahr an Ueberschuss der Aktiva mehr	78491 07
3. Zum Reservefonds gehören nach den stattgefundenen Ueberweisungen	70538 50
Nach dem vorjährigen Abschluß betrug der Reservefonds	7852 57
Ergibt gegen das Vorjahr an Reservefonds mehr	1268 93
4. Als Betriebsfonds verbleiben der Kaffe:	
a) bar	1400 —
b) in Sparkasseneinlagen	2689 22
Ergibt einen Betriebsfonds von	4089 22

Merseburg, den 23. Mai 1911.

Der Vorstand: Prietz, Vorsitzender.

Aktuell. Die Sozialpolitik der Sozialdemokratie.

Eine sehr zeitgemäße und wertvolle Broschüre des Volklichen Arbeitervereins Friedrich Kretz.
Jeder Arbeiter muß diese auf-führende Arbeit im eigenen Interesse lesen.
Preis nur 25 Pfennig.
Zu beziehen durch alle Aus-träger und durch die
Volksbuchhandlung,
Galle n. 6. Fax 42/43.

Chemische Fabrik Düsseldorf L. 4. Pilsenerstr.

Vertreter für Halle und Umgegend:
E. Eberwien & Co., Halle.
Fornsprecher 1367.

Seifendosen

aus Celluloid
C. F. Ritter,
Leipzigzerstrasse 90.



Radikalmittel gegen
Wanzen
u. deren Brut
Flasche 60 Pf. u. 1 W.
allein echt bei
Max Rädler,
nur Raunschestrasse 2.
Hoko Sternstrasse.

Möbel-Fabrik

der
Vereinigt. Tischlermeister,
Kl. Steinstrasse 6,
empfehlen ihre Fabrikate zu
festen und soliden Preisen.

Grudeöfen verkauft billig
Steinweg Nr. 50.

Prima saftige
Schweizer-Käse Pfd. 90 Pf.
Hochfeine
Alpen-Limburger Pfd. 40 Pf.
F. H. Krause.

Empfehl. für Donnerstag:
la. kernig, Schmeer von frischer Schächtung à Pfd. nur 60 Pf.,
ausserd. feinste la. frische Leberwurst à Pfd. 1.00 M.,
desgleichen Rotwurst à Pfd. 0.80 M.,
frische Schwarzwurst à Pfd. 0.70 M.
Paul Bauermann, Markt-platz 20.
Tel. 1223.

Kakao, eigenes Fabrikat,
von 90 Bg. pr. Bfd. bis 2.50
empfehl.
Carl Boock, Breitestr. u. Markt-
platz, im Turm.

Die Wahlrechtskomödie.

Preußisches Dreiklassenhaus.

96. Sitzung. Dienstag, den 27. Juni, vorm. 11 Uhr. Die wiederholte Beratung des Wahlrechts...

Wahlrechtsantrag.

Derselbe fordert die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen und Änderung der Wahlkreisinteilung.

Hg. Traeger (Vp.): Der frühere preußische Ministerpräsident hat unseren Wahlrechtsantrag abgelehnt. Wir haben aber jetzt einen neuen Mann...

Millionen von Wählern sind erregt über das geltende Wahlrecht. In der Wahllokalität wird die Frage des preußischen Wahlrechts eine Rolle spielen.

Hg. Hoffmann (So.):

Mit der Reisejahre in der Hand wird die wichtigste Angelegenheit des preußischen Volkes hier erörtert. Die Konventionen sagen, hier werde wieder gelebt.

erhöhte infame Entwertung noch länger aufrecht erhalten zu können?

Der Sturmwind der Volkstempung wird Sie weglegen, wie die Geschichtsbücher in Wien fortgesetzt worden sind.

(Präs. v. Kröner erull den Redner unter lebhaftem Beifall des Zentrums zur Erklärung.) Die Punkte sind hinsichtlich ecklich und sie sagen offen, daß sie das Wahlrecht nicht bewilligen wollen.

Die Nationalitäten: ralen haben in ihren Reihen auch genug Leute, die sich nicht bloß der Einführung des Reichstagswahlrechts für den Eingeladenen widersetzen, sondern in Reihe am liebsten recht bald dem Reichstagswahlrecht an den Krügen möchten.

Schon vor einem halben Jahrhundert sind die dagegen ins Feld geführten Argumente völlig falsch gewesen.

Dasu gibt es ein wirklich gleiches Wahlrecht. Es ist kein gleiches Wahlrecht, wenn Wahlkreise mit 400 000 Wählerberechtigten neben Kreisen von 4000 Wählerberechtigten stehen.

Hg. Seydewitz (Ant.): Wir legen den Antrag in allen seinen Teilen ab. Ob das demokratische Wahlrecht in anderen Bundesstaaten zweckmäßig ist, ist uns sehr zweifelhaft.

Gegegenwärtig gegenüber dem Reichstagswahlrecht. Die Stellung der Sozialdemokratie begreife ich ja schließlich. Wo daß die Parteien in einem solchen Antrag kommen, ist mir uninteressant.

Hg. Gerold (Zent.): Neues läßt sich über die Wahlrechtsfrage nicht mehr sagen. Ich verweise auf unsere früheren Erklärungen.

Hg. Dr. Schiffer (natl.): Dem Zentrum ist in der Sache nicht wohl. Theoretisch mag es immer denselben Standpunkt eingenommen haben, seine praktische Stellung hat es aber oftmals geändert.

über gegen das gleiche Wahlrecht.

Zwei feindliche Welten.

Mouan aus der Arbeiterbewegung.

Von Jan van den Tempel.

Aus dem Holländischen übersezt von Georg Gärtner. 5) Und der Dufel auch, gehob Sänsden. Die beiden Männer drangen in den Alkoven ein und tielten die Hände, so daß sie sich hierüber unter die Decke verdeckten.

Sei vernünftig, hatte ihn sein Bruder gewarnt; Karl hatte recht. So wie jetzt, in bitterer Selbstkauf über das ziellose Vinsgleiten seiner Tage, in vergeblichen Schwächen nach Genug zu konnte er nicht denken.

Milde lehnte er sich gegen einen Stapel Pappelstämme. Aus dem kleinen Rauchpuff am Wege trat ein langer, magerer Mann, mit einem Stod unter dem Arm; er legte die Hand über die Augen, sah schief hin und viel dann übertrauf bis zu seiner Stimme.

IV. In der verlängerte Peterstraße bog ein Randweg ein, der ein für den Wohnungsbau bestimmtes Terrain abtrotzte. Hendrik schlenderte den Weg hinauf, wie von einer unwiderstehlichen Macht getrieben, während der Sturm in seinem Innern weiter tobte.

Er dachte er nicht länger linden, daß man ihn als Ausbeutungsbottel mißachtete, sondern er mußte sich die Stellung erkämpfen, auf die er vermöge seiner Fähigkeiten und Kenntnisse ein Anrecht hatte! Wenn er nun das Angebot annahm?

Der junge Mann wurde mittelblau die Wästel. Wie dürftig mußte es aussehen im Gemüt dieser Leute, weil sie ihr gammes Wecheln auf Wädeln und Schwärzen richteten.

Wir verlangen ein abgestuftes Wahlrecht, das jedoch nicht nach wesentlich plutokratischen Gesichtspunkten abgestuft sein soll. Wir betrachten die jetzige Wahlrechtseinteilung als eine große Ungerechtigkeits, können aber andererseits nicht einer schematischen Gleichmäßigkeit der Wahlkreise das Wort reden.

Wir beantragen, getrennt über die Teile des freireinigen Antrags abzustimmen. Die Einführung des Reichstagswahlrechts für Elbst-Vertrögen kann für Preußen nicht vorbildlich sein. Es heißt nicht Gebürdung, sondern Befestigung des Reichstagswahlrechts, wenn es in Preußen nicht eingeführt wird. Sonst steigt nämlich die Zahl seiner Gegner ins Unermessliche. (1) Im Reiche sind wir enthieltend, das Reichstagswahlrecht zu führen und zu schützen. Die öffentliche und die indirekte Wahl sind nicht möglich. Die Konventionen haben die öffentliche, die Regierung hat die indirekte Wahl fallen lassen. Was Sie einmal aus der Hand gegeben haben, bekommen Sie nicht wieder. Wenn Herr v. Dederbald jede Forderung am Wahlrecht ablehnt, so bedeutet das eben für uns, daß wir nach jeder Fronten zu kämpfen haben, gegen den Radikalismus von rechts und den Radikalismus von links. (Weisfall b. d. Hall.)

Abg. Herr v. Böttich (freiton.):

Wir werden den Antrag ablehnen. Daß der größere Teil meiner politischen Freunde im Reichstag für die Einführung des Reichstagswahlrechts für Elbst-Vertrögen stimmte, geschah unter ausdrücklicher Verabredung dagegen, daß irgendwelche Forderungen für Preußen daraus gezogen würden. Die Frage, ob direkt oder indirekt, ist für uns weniger wesentlich als die Frage des Wahlrechts selbst. Die geeignete Form des Wahlrechts, die am meisten den alten preussischen Forderungen entspricht, ist, die weiten Kreise des Mittelstands den gebührenden Einfluß sicher. (Weisfall rechts.)

Abg. Korzant (Voll): Das preussische Volk hat eben die Anforderung auf das Reichstagswahlrecht wie Elbst-Vertrögen.

Ein Schlußantrag wird gegen die Rinde angenommen. Abg. Dr. Liebnecht (Sag.) zur Geschäftsordnung: Nach dem Abg. Hoffmann sind nur noch Gegner des Antrags zu Wort gekommen. Wir haben den lebhaftesten Wunsch, uns in dieser Debatte mit dem Gegner auseinanderzusetzen. Uns liegt insbesondere daran, festzustellen, ob und in welcher Weise... Präsident v. Böttich: Das ist nicht zur Geschäftsordnung. Abg. Dr. Liebnecht (fortfahrend): Ich habe mich zum Wort gemeldet, als der Präsident erklärte, es liege ein Schlußantrag vor.

Präsident v. Böttich: Das ist keine Bemerkung zur Geschäftsordnung.

Abg. Dr. Liebnecht wird durch fortwährende Unterbrechungen des Präsidenten am Reden verhindert.

Das Schlußwort erhält für die Antragsteller Abg. Hirschfeld (Vpl.): 130 Großgrundbesitzer sitzen hier im Saale, wozu noch die Landräte und Konsuln, die ebenfalls agrarische Interessen vertreten. Selbst die konservativen Parteien werden nicht bestritten, wenn sie gegen den Inhalt des Großgrundbesitzeres stehen. Der Mehrer wendet sich gegen die Verschärfung des Fortwährenderes Präsident v. Böttich: Das gehört wirklich nicht zum Wahlrecht und verweist nochmals unter wütenden Schlußworten des Zentrums und der Rechten auf die Antinomie der Wahlkreise in der Ironie.

Abg. Dr. Schiffer (natl.) beantragt, aus dem ersten Teil des volksparteilichen Antrags

das Wort „elbst“ zu streichen.

Mit freireinigen, Sozialdemokraten, Zentrum und Polen stimmen auch die beiden konservativen Parteien gegen die Streichung. Die Streichung wird also abgelehnt. (Schallendes Gelächter rechts, entrüstete Jurufe auf der Linken.) Gegen den unüberdacht gebilligten Antrag stimmen nunmehr die Reichsparteien und die Nationalliberalen, worauf der erste Teil des Antrags abgelehnt wird. (Wohngelächter auf der Rechten.) Ebenso stimmen die Reichsparteien mit Zentrum, freireinigen und Sozialdemokraten gegen ein Amendement der Nationalliberalen zum zweiten Teil des Antrags (Wahlrechtseinteilung) und dann mit dem Zentrum gegen den unüberdacht gebilligten zweiten Teil. (Einzelne Gelächter rechts, anderer Stern links, Jurufe links: Komödie!) Der Wahlrechtsantrag ist also in allen Teilen abgelehnt.

Auf die Tagesordnung der Mittwochsung wird gestellt: Rheinische Landgemeinderordnung, Vorkaufung und Antrag Brandenstein. Ein Antrag Pauchnick auf Abschaffung des Antrags Brandenstein wird abgelehnt. Eine Anfrage des Abg. Adolphi ein (Vpl.): Wann das Abgeordnetenhaus geschlossen werden soll, erklärt Herr v. Böttich, nicht beantworten zu können.

Abg. Dr. Liebnecht (Sag.): Die Regierung will entscheiden, wenn das Haus dazu bereit ist, es sei denn, daß Vorgehen hinter den Kulissen stattfindet. (Unruhe rechts.) Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. Schluß 5 1/2 Uhr.

Arbeiter-Sekretariat, Halle a. S., Burg 42/43, Hof, 2 Treppen. Sprechstunden nur Wochentags von 11 1/2-1 1/2 Uhr und abends von 5-8 Uhr. Sonntags nachmittags und Sonntags geschlossen. — Telefon Nr. 1541.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 28. Juni 1911.

Frauen heraus!

In unserem Wahlkreise finden gegenwärtig öffentliche Frauenversammlungen statt. Da heißt es jetzt: Frauen heraus! Die Reichstagsmehrheit hat das weibliche Proletariat in unerhörter Weise provoziert. Mit den Weisheiten der Reaktionäre zur Reichsversicherungsordnung ist die Mutter, die Trägerin der zukünftigen Generationen, mißhandelt worden. Frauen, Mütter, Töchter des Volkes sind mißhandelt, getreten, unwürdig, als ein Stück Vieh behandelt worden. Der Staat, der jetzt 20 Mill. Mark für die Billigkeit opfert, der Millionen für Vollzeithuntern besetzt, der Injunnen für Pferdesport und Exzentrischen gewährt, dieser Staat hat kein Geld für ausreichenden Mutter- und Säuglingschutz! Das Reich, das Milliarden für den Moloch Militarismus aufwendet, es hat kein Geld für eine anständige Wiltens- und Waisenversicherung. Dieser Staat, der den feisten Junkern Milliarden von Reichsgeldern zuzuschick, er erlaubt die Wiltens- und Waisen sogar früherer Portale aus der Anwaltsversicherung. Nach den bisherigen Bestimmungen wurden die Beiträge Beiträge zurückgezahlt, wenn eine verheiratete Arbeiterin sich verheiratete oder wenn der Mann starb, ohne daß er eine Rente bezog. Jollräuber und Liebesgamblerpflüger haben den Armen diese Vergünstigung nun geraubt. Für die Zukunft erfolgen solche Rückschlüsse nicht mehr.

Frauen, im heiligen Zorn über solche Verwahrheit, schneidet die kaltherzigen, erbarungslosen Schnapsbloddschneiderei, die euch so zu behandeln magel! Nun ist es Zeit, die indifferenten und unwilligen Geschlechtsangehörigen aufzupeitschen. Appelliert an das Muttergefühl, wütet die Getretenen und Getretenen auf, reißt sie hinein in die politische Bewegung und zeigt ihnen den Weg zur Befreiung von der Sklave der Volkseinde. Bringt das Blut der verratenen und verkaufte Frauen in Wallung, reißt sie alle zur Empörung gegen das herrschende System auf und sorgt dafür, daß die Wiltens, von Liebe zu ihren Kindern erbringt, gegen die Schmach und die Schande rebellieren, macht den Töchtern des Volkes klar, daß ein glühender Haß gegen die herrschende Gesellschaft sie heulen muß. Ein entzündetes Wollen, die Herrschaft zu beseitigen, muß alles Tun der Frauen bestimmen. Wie der ehrliebe Mensch jede Sünde, jede Schandtat haßt und verachtet, gegen sie mit dem Aufbegeh aller Kräfte kämpft, so muß die Frau diese Verwahrheit des Weibes haßen, die im Reichstage den Mutter, Schwangeren, Wiltens- und Waisenfüß brutal mit Füßen traten. Das nächste Mittel dazu ist der Aufruf an die Partei, Eintritt in die Organisation.

Gleichen in die Reihen des kämpfenden Proletariats, nieber mit den Volkseinde. Sorgt für Massenbesuch der jetzigen Verammlung! Werbt in ihnen Anhänger für die völkerefreie, revolutionäre Sozialdemokratie!

Die konservativen Parteien und die Sozialdemokratie.

Will man in den Kampf ziehen und will man sich seinen günstigen Erfolg sichern, dann muß man den Gegner kennen, genau kennen. Man muß wissen, worauf seine Macht beruht, mit der er sich einem entgegenstellt. Es genügt da nicht zu wissen, warum er erst hier und dann dort einmal schallt, oder erst hier und dann dort Wiltens und Schwächen zeigt. Und so genügt es auch im politischen und schwaedische nicht, daß wir täglich lesen und hören, wie hier und da und dort unter Feinde, die konservativen, brutal ihre Macht gebrauchen und andererseits wieder an diesen und jenen Stellen wunde Punkte, erstechte Wiltens zeigen. Es gilt zu untersuchen, warum haben gerade sie hier in Preussens Deutschland noch die Macht und warum treten bei ihnen trotzdem die Helfer auf, die wir so oft agitatorisch kräftig ausnutzen können. Weis man das, so kann man viel treffsicherer und ihnen abbrechen, ihnen viel tiefer, empfindlicher Wunden schlagen. Und kennt man andererseits genau die Wurzeln ihrer Macht, so kann man viel aufreizender, zündender die Weislosen zum Kampf gegen diesen Hort der Reaktionen aufzulen.

Gründliche Aufklärung tut uns immer wieder not. Und so ist es zu begrüßen, daß sie uns über die konservativen durch den Genossen Edward Bernheim am morgigen Donnerstag im Volkspartei wieder von neuem geben werden soll. Arbeiter und Arbeiterinnen, erscheint in Massen zu dieser öffentlichen Verammlung!

Eine Schulmädchenverurteilung.

In der Schulfabrik von Ober-Ottowitz wurde den Maschinenarbeitern, Ueberholern und Wackarbeitern wegen Lohnunterschieden gefündigt. Bezug ist deshalb streng fernzubalten. Zentralverband der Schulmädchen Deutschlands, Ottowitz, Halle a. S.

* Dramatische Aftelung des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis. Da die Darbietungen der Dramatischen Abteilung den Anstehenbrüchen des Publikum nicht mehr genügen und die Theaterwende der Gewerkschaften durch Verursachung ausgeführt werden können, hat sich die Dramatische Abteilung veranlaßt, die ihre Aftelungen nunmehr erledigt ist, sich aufzulösen. Das Vermögen (wie das Inventar) ist laut Ver-

schluß der letzten Verammlung dem Volkspartei überlassen worden. Alle mit der Abteilung in Verbindung stehenden Abnehmer sollen hiervon Kenntnis nehmen.

* Die Arbeitervertreter in den Organen der Arbeitervereinerung hielten am 26. Juni im Engländer Hof ihre Monatsverammlung ab. Zunächst wurden Berichte über die Verhandlungen des Reichsgerichts für Arbeiterversicherung in Merseburg erlesen. Ueber die Sitzung am 28. April berichtete Stark. Der Verhandlung standen 23 Unfall-Streitfälle, von denen zehn einen ganzen oder teilweisen Erfolg für den Verletzten brachten. Ueber die Sitzung vom 2. Juni berichtete Drossin. In dieser wurden ca. 20 Unfallfälle erledigt, von denen fünf einen vollen und vier einen teilweisen Erfolg für den Verletzten hatten. Befehl über den 10. Juni, am dem 16. Invaliden- und neun Unfallverletztenstreitfälle erledigt wurden. Von ersteren hatten vier, von letzteren keiner Erfolg. Am 19. Juni standen nach dem Bericht von Jähde 28 Unfallfällen zur Entscheidung. Davon hatten sechs fünf einen ganzen oder teilweisen Erfolg für die Kläger. Sodann sprach noch Arbeitervertreter Kreis in längeren, interessanten Ausführungen über die Einführung der Reichsversicherungsordnung. Er legte insbesondere dar, an welchen Punkten einander bestimmt oder widersprüchlich die einzelnen Abschnitte des umfangreichen Gesetzes in Kraft treten. Es sollen in diese Reihe Vorträge über die einzelnen Teile des Gesetzes im Arbeitervertreterverein gehalten werden.

Zum Schluß wurde eine Anzahl geschäftlicher Dinge besprochen, u. a. auch ein gemeinsamer Besuch der internationalen Hygieneausstellung in Dresden beraten.

Von der Reichspartei-Notenratskommission am südlichen Saale und Weislose wurden am 28. Juni den 28. Juni 1911 folgende Reichspartei freigelegt: Es wurden besetzt für 50 kg Reichsgeld für Dänen: Söckler Preis 72, niedrigerer Preis 66, häufiger Preis 70 WZ. für Wiltens: Söckler Preis 72, niedrigerer Preis 66, häufiger Preis 70 WZ. für Rube: Söckler Preis 68, niedrigerer Preis 62, häufiger Preis 66 WZ. für Schmeier: Söckler Preis 68, niedrigerer Preis 62, häufiger Preis 66 WZ. für Hammer und Mastmann: Söckler Preis 70 WZ. für Schafe: Söckler Preis 70, niedrigerer Preis 62, häufiger Preis 66 WZ. für Schwane: Söckler Preis 68, niedrigerer Preis 64, häufiger Preis 66 WZ. Bei den Schweinen vertritt sich der Preis auf 60 WZ. bei den Wiltens, (Wemogen und besetzt werden nur die beiden Vorderhälften, einschließlich des Schwanzes unter unentgeltlicher Zugabe des sogenannten Kramers: Gelfing, Wogen, Darm, Mittel und Blut.)

* Volkshaus-Theater. Donnerstag Benefiz für Direktor Winter-Lumian. Die Uebung wird nicht verfallen, das Theater ebenso zu füllen, wie gestern bei dem Benefiz von Fritz Thurn-Schwarz, der mit Blumen, Kränzen und Geschenken reich besetzt wurde.

* Wiederholte Schulmädchenverurteilung. Gestern morgen warf sich ein russischer Student in der Dölauer Heide auf die Schienen der Getteider Bahn, um sich überfahren zu lassen. Er wurde aber rechtzeitig dort festgehalten. Nun verurteilt er sich mit einem Selbstmörder die Saalbüren zu durchschneiden. Doch auch das wurde nicht Licht, der Wemogen und besetzt werden nur die beiden Vorderhälften, einschließlich des Schwanzes unter unentgeltlicher Zugabe des sogenannten Kramers: Gelfing, Wogen, Darm, Mittel und Blut.)

* Wiltens. Der Winterfahrplan bringt einige neue gute Ueberverbindungen mit Halle. In der Saison wird sich vertehrende Wiltens werden solche am 3. Juli, abends von Halle abfahren. 8 Uhr 50 Min. und 11 Uhr 45 Min.

Kämmern a. S. Durch die alte Kammerverordneten mit Halle sind die immer noch nicht genug gewürdigten Schöndichten des Saaleales bei Wiltens, Notenburg und Könnern für recht bezugene Anstalten erschlossen werden. Was Könnern, wenn auch die Halle-ischen Arbeitervereine oft und gern die Gelegenheit benützen, einen Ausflug nach dieser schönen Gegend zu unternehmen. So haben vorangehenden Sonntag 300 Angehörige des Turnervereins Richte-Halle nach Notenburg, um von dort aus zu Fuß das Ziel, Bürgergarten in Könnern, zu erreichen. Alle Teilnehmer waren hochbetrieblid von der Tour. Nur ein vermisst ist, wäre es nicht möglich, auch in Könnern einen Arbeiterverein ins Leben zu rufen? Der Bürgergarten ist in so gut dazu geeignet, um den Turnern eine gute Stätte zu bieten. Also auf, Arbeiter und Gewerkschaftsgenossen, geht bald die einzig richtige Antwort auf den patriotischen Klimbim, der im Juli von den deutschen Turnern in eurem Saalbüren geplant ist.

Aus den Nachbarkreisen.

Gilenburg. Die Polizei im Kampf gegen die freien Gewerkschaften. Als im vorigen Jahre aus Gewerkschaften veranlaßt wurde, erwiderte sich das Gewerkschaftsamt als viel zu klein, um die Teilnehmer zu fassen. In diesem Jahre hat sich nun die Mittelbehörde, es sind jetzt endlich 300 Mitglieder dem Kartell angeschlossen, bedeutet verächtlich. Nöchlich war es nicht des Kartells, einen Mann zu beschaffen, in dem die Teilnehmer untergebracht werden könnten. Durch den Bürgermeister ist das Schließen des Arbeiter vorkommen. Nun ist in der Stadt ein Gewerkschaftsamt ein von Brauermeister Wiltens gebörger großer Garten, der vollständig abgegrenzt ist. Dieser Garten wurde den Gewerkschaften für ihr Zeit zur Verfügung gestellt, um darin allgemeine Veltunungen vornehmen zu können. Doch auch dies glaubte unser Erler Bürgermeister Dr. Wiltens nicht tunen zu dürfen. Trotzdem den 70 bis 80 Schützen ein starker Platz sehr bereitwillig zur Verfügung gestellt ist. Am 28. Juni ging dem Genossen Lütlich folgendes Schreiben zu:

Gilenburg, den 23. Juni 1911.

Polizeiverwaltung.

In unserem Bescheide vom 12. Juni d. J. sind wir von der Ansicht ausgegangen, daß den Antrag gemäß das Gewerkschaftsamt in den geschlossenen Räumen des Gewerkschaftsbaues zum Teil am 2. Juli d. J. stattfinden soll. Jetzt wird besannt, daß Sie dieses zum Teil in den Garten des Brauermeisters Wiltens verlegen wollen und daß Sie durch Ent-

Sonnabend den 1. Juli

beginnt unser grosser, alljährlich einmal stattfindender

Saison-Räumungs-Verkauf.

Enorme Preisermässigungen. — Selten günstige Angebote.

Brummer & Benjamin

Grosse Ulrichstrasse 22/23.

Donnerstag den 29. Juni abends 8½ Uhr im grossen Saale des Volksparks, Burgstr. 77

Öffentl. Versammlung.

Tagesordnung:

Die konservativen Parteien und die Sozialdemokratie.

Ref.: Schriftsteller **Ed. Bernstein**, Berlin.

Freie Diskussion.

Freie Diskussion.

Einen recht zahlreichen Besuch erwarte!

Der Vorstand des Sozialdemokrat. Vereins für Halle und den Saalkreis.

Deutscher Gewerkschafts-Kongress.

Ein für die deutsche Arbeiterschaft sehr wichtiges Problem beschäftigt den Kongress am zweiten Verhandlungstage. In Zeitfragen ist schon hier und da auf die ungeheure Ausbeutung weiter Volksteile durch die sogenannten **Holländer** hingewiesen worden. Ein Artikel im Korrespondenzblatt der Generalkommission gab den letzten Anstoss dazu, daß Generalkommission und Zentralvorstand der Konsumgenossenschaften in gemeinsamer Beratung der Frage näher traten, ob nicht durch diese zwei Organisationen eine **Holländer** Versicherung ins Leben gerufen werden könnte. Eine Studienkommission nahm dann die Vorarbeiten vor.

Bauer, der 2. Vorsitzende der Generalkommission, trug unter sichtbar großem Interesse der Delegierten ein umfangreiches Zahlenmaterial vor, das einen genauen Einblick in die Geschäfte der privaten Versicherungsgesellschaften bot. Obgleich durch Gesetz vom Jahre 1908 der großen Ausbeutung durch die Versicherungsgesellschaften etwas vorgebeugt wurde, betrug die durch Verfall der Policen verloren gegangene Summe noch 147 Millionen Mark. Der Referent führte aus, dem Werbeapparat der Versicherungsgesellschaften stände der große Werbeapparat der Gewerkschaften gegenüber, der die Verwaltungskosten gegenüber denen bei den Versicherungsgesellschaften bedeutend herabzubringen könne. Die gewöhnliche „**Holländer**“ ist als keine rechtliche Unterstüßungs-Einrichtung gedacht, nur freiwillige Unterstüßungen sollen geleistet werden. Sollte aber das Aufsichtsamt gegen diese freiwilligen Unterstüßungen Einspruch erheben, so würde von dem Plane nicht Abstand genommen werden. — In der Diskussion, die nur kurz war, wurde angeregt, auch bei Krankheit und Unfall Unterstüßungen zu gewähren. Robert Schmidt verwies wohl mit Recht darauf, daß es höchste Zeit sei, eine solche Unterstüßungseinrichtung zu schaffen. Er empfahl den Vorkläffen, sich im Hinblick auf die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung zu zentralisieren zu einer allgemeinen Krankenzusicherung. — Einstimmig erklärte sich der Kongress in einer Resolution grundsätzlich für Errichtung einer „**Holländer**“ — Generalkommission und Zentralvorstand der Konsumgenossenschaften werden das weitere veranlassen.

Erstfahrende Genossen waren es, die **Deichmann** sodann in einem Referat über Heimarbeiterschutz und Hausarbeitsgesetz gab. In der Diskussion wurden diese Bilder vervollständigt. Noch einmal wird der Versuch gemacht — diesmal durch den Gewerkschaftskongress — das Hausarbeitsgesetz den Wünschen der Arbeiter gemäß zu gestalten. Die Errichtung von **Kooperations** ist die Hauptforderung, die **Deichmann** auch wieder in den Vordergrund rückt. Er sprach dafür, daß in das **Arbeitsamt** ein Ergebnis eine Bestimmung aufgenommen werde, nach der Spezialämter für die einzelnen Industrien den Heimarbeiterschutz überwachen und fördern und die **Wohne** festsetzen können. — Genosse **Sinn** vom Verband der Blumenarbeiter schilderte den **Unfall**, der gegenwärtig mit dem **Blumen** e tagen getrieben wird, und wie sich die dabei sichtbar zur Schau getragene **Proflität** zum Teil

in weitere erschreckende Ausbeutung der Heimarbeitertinnen umsetzt.

In seinem Referat über Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung holt **Robert Schmidt** weit aus. Er schilderte zunächst die riesige industrielle Entwicklung in Deutschland, die Konzentration des Kapitals, die Einflüsse der Kartelle und Syndikate und die riesige Zunahme der weiblichen Arbeitskraft in Landwirtschaft und Handel. In engem Zusammenhang mit dieser riesigen Entwicklung stehe die Sozialpolitik. Nicht der Lohn sei für den Warenpreis bestimmend, sondern das spekulative Kapital. Durch Arbeiterschutz müßten die **Wunden** geheilt werden, die die Industrie schlägt. **Rebner** wies den **Hinweis**, daß die deutsche Industrie durch die Arbeiterversicherung zu **hohem** Verluste werde, zurück und führt aus, daß in einzelnen **Industrien** diese **Belastung** 1/2 bis 1 Prozent betrage. **Körbitz** ist es, zu glauben, daß die soziale Gesetzgebung ein wohlwollendes Geschenk für die Arbeiter sei. Die gewerkschaftlichen Organisationen hätten dazu den Anstoß gegeben. Unter wiederholten Zustimmungen mit **Schmidt** Abrechnung mit den **christlichen** Gewerkschaftsführern. An der Hand auf **christlichen** Kongressen von ihnen getanen **Ausprüchen** und ihres **Verhaltens** im **Reichstage** zeigt er ihre **schwankendes** Verhalten, und wie sie die Rechte der Arbeiter **groblich** verletzt haben. — Der Kongress nahm das Referat unter gespannter Aufmerksamkeit entgegen. Die Diskussion wird **Wilmoch** fortgesetzt.

Wir lassen nachstehend den Verhandlungsbericht folgen.

C. B. Dresden, 27. Juni.

2. Verhandlungstag.

Brücker Berlin gibt den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Anwesend sind 385 Delegierte und zahlreiche Gäste. Sämtliche Mandate werden debattelos für gültig erklärt.

Darauf wird in der Erledigung der Tagesordnung fortgefahren und zunächst der geltend neu beschlossene Punkt:

Errichtung einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Unterstüßungsstelle

Bauer Berlin referiert hierüber. Er schildert eingehend die Maßnahmen der Selbsthilfe, die die **Rechtlichen** von jeder ergriffen haben, um sich gegen plötzliche Not zu sichern. Die Entwicklung der **Holländer** Versicherung, d. h. der sogenannten kleinen **Rechtlichen** mit Beiträgen bis zu 10 Pf. herab, ist eine ganz rapide gewesen. Ingesamt umfaßt die **Holländer** Versicherung in Deutschland gegenwärtig 8 225 275 Policen mit einem Kapital von 1345 Millionen Mark. Der **Könnenanteil** entfällt auf die **Victoria** und die **Friedrich Wilhelm**. Die **Verwaltungsstellen** belaufen sich auf 28 788 000 Mark, das sind 25,13 Prozent, und der **Jahresüberschlag** auf 17 370 000 Mark. Mit Hilfe der **Holländer** Versicherung haben diese **Rechtlichen** Gesellschaften ihre **Verhältnisse** ganz gewaltig **heben** können. Das zeigt besonders die geradezu glänzende Entwicklung der **Victoria** mit ihren **hohem** Gewinnen. Dieser Erfolg kann aber nur erzielt werden durch eine ungeheure **Benutzung** des **Publikums**. Für 69 Millionen Mark Policen wurden von den **Holländer** Ver-

gesellschaften für **verfallen** erklärt, nur weil die Beiträge einmal nicht rechtzeitig bezahlt wurden. Diese Art des **Holländer** Versicherungsgeschäfts ist also eine **maßlose** Ausbeutung mittellose **Proletarier**, denn nur von diesen wird die sogenannte kleine **Rechtlichen** betrieben. Was kann die **Arbeiterschaft** selbst tun, um diese **Art** Ausbeutung der **Holländer** zu **verhindern**? Auf diese Frage gibt es nur eine Antwort: Wir dürfen hier nicht mehr **Genossen** bei **hohem** und weiter ruhig zusehen, wie gerade unsere eigenen **Arbeitskameraden** geplündert werden. (Zustimmung.) Denn darüber dürfen wir uns nicht täuschen, daß gerade die **industrielle** Arbeiterschaft in den **Städten** die Opfer für diese **Genossenschaften** abgibt. Oberster Grundbesitz einer **Rechtlichen** Versicherung soll sein: kein **Wenig** geleisteter **Beitrag** darf verloren gehen. Wir planen die Gründung einer **losten** Unterstüßungsvereinigung, gebildet von **Genossenschaften** und **Genossenschaften**. Mit der Durchführung dieser neuen **Einrichtung** sollen betraut werden die **Generalkommission** der **Genossenschaften** Deutschlands und der **Vorstand** des **Zentralverbandes** deutscher Konsumvereine. Weitere **Agenda** sollen sein die **Konferenzen** der **Genossenschaftsvereine** und **Rechtlichen** einstimmen der **Genossenschaften**. Also wir wollen eine solche **Unterstüßungsvereinigung** nun ins **Leben** rufen, sie **organisatorisch** ausarbeiten und jedes **Mitglied** einer der **Generalkommission** angehörenden **Genossenschaft** und jedes **Mitglied** einer der **Zentralverband** deutscher Konsumvereine angehörenden **Genossenschaft** soll **berechtigt** sein, in diese **Unterstüßungsvereinigung** Beiträge zu **entrichten**. Dafür erhält es dann für den **Unterstützungsfall** die **vorgegebene** Unterstüßung, allerdings ohne daß ein **Rechtsanspruch** auf diese **Unterstützung** eingeräumt wird. Zunächst wenigstens wollen wir **verhandeln**, ohne den **Rechtsanspruch** auszuüben. Die neue **Einrichtung** soll den **Namen** **Holländer** bekommen. Sollte das **Aufsichtsamt** für **Privatversicherung** uns wegen des **Rechtens** des **Rechtsanspruchs** Schwierigkeiten machen, so werden wir **den** **Plan** nicht aufzugeben, sondern ihn mit **Rechtsanspruch** in **Form** einer **Unterstützung** oder in **anderer** **Form** ins **Leben** rufen. (Beifall.) Die **eigentliche** **Geschäftsführung** soll von den **Genossenschaften** erledigt werden, während die **Genossenschaften** den **Werbeapparat** stellen sollen. Dadurch werden die **Verwaltungsstellen** ganz **minimal** werden. Uns stehen ja auch ganz **andere** **Agitationsmittel** zur **Verfügung**. Ich denke da an die **Genossenschafts** und die **Partei**, die **höfentlich** zum **Teil** wenigstens **keine** **prinzipiellen** **Einwände** machen wird. (Beifall.) Wir sollten also unsere **Kräfte** **zusammenfassen**, um innerhalb der **kapitalistischen** **Gesellschaft** einen **wirtschaftlichen** und **damit** auch **politischen** **Einfluß** ausüben zu können. Wir **erwarten** **den** **unseren** **Mitgliedern** **Millionen** **und** **hundert** **Millionen**, die wir **den** **heute** **in** **Kampfe** **werden** **benutzen** können. (Einstimmiger **Beifall**.) Nehmen Sie **einstimmig** folgende **Resolution** an: Die **Generalkommission** wird **beauftragt**, **gemeinsam** mit dem **Zentralverband** deutscher Konsumvereine eine **gewerkschaftliche** **Unterstützungsvereinigung** ins **Leben** zu **rufen**. **Umfang** der **Vereinigung** soll sein, den **Mitgliedern** der **Genossenschaften** und **Genossenschaften**, die **freiwillig** **Beiträge** leisten, und deren **Familienangehörigen** **Unterstützung** in

Gonnabend

den 1. Juli

beginnt mein großer Saison-

Ausverkauf. M. Schneider.

Fällen des Todes, des Alters, der Kindererziehung usw. zu gewöhnen.

Die zur Durchführung dieses Auftrags mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine zu treffenden Vereinbarungen und das Statut der Unterhaltungs-Vereinigung bedürfen der Genehmigung der Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Die Debatte ergibt das Einverständnis aller Redner mit den Ausführungen Wauers.

Die Resolution Wauer wird einstimmig angenommen. (Lebhafte Weisung.) Die vorgetragenen Wünsche und Anträge werden der Generalkommission überwiesen.

Es folgt der Punkt

Seimarbeitergesetz und Hausarbeitgesetz.

Referent ist Deidmanns-Vorname (Fabrikarbeiter). Er legt folgende Resolution vor:

Der achte Monat der Gewerkschaften Deutschlands macht sich die Weisung zu eigen, die in der Resolution des ersten in Berlin 1904 abgehaltenen Allgemeinen Seimarbeiterkongresses niedergelegt sind und befindet seine Lieberseinsamkeit mit der Resolution des Deutschen Seimarbeiterkongresses vom 12. Januar 1901.

Der Monat der Verzögerung in der Verabschiedung des Hausarbeitgesetzes im Reichstag; er hält es für dringend geboten, das dem Vorkentwurf nach den Wünschen der Kommission des Reichstags umfassende, dem Vorkentwurf der Seimarbeiter gerecht werdende Änderungen einzufügen werden.

Als vollständig ungenügend erweist sich die Bestimmung des Gesetzes, die den Verfall von Schuldverpflichtungen in das Verhältnis der verarbeiteten Arbeiter stellt. Die Folge dieser Änderung wird sein, daß unter dem Einfluß der Unternehmer, die das nur des höheren Profits wegen die elenden Verhältnisse der Seimarbeiter erhalten wollen, jeder Versuch lokaler Behörden, gegen Liebestunden vorzugehen, dem Widerspruch dieser Interessenten unterliegen wird.

Die sanitären Schutzvorschriften sowie die Bestimmungen des Arbeitergesetzes bedürfen einer allgemein gültigen gesetzlichen Regelung, die nur unterbrochen werden kann durch weitergehende Vorschriften für die Verufe, die besondere Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter bieten. Für die Abrechnung und Gehaltszahlung muß das gängige Verbot der Seimarbeiter gebietet werden.

Was allem die Regelung der Lohnfrage im Gesetz nicht fehlen. Dazu gehört:

- 1. die Aushebung der Sontarife in den Männen, wo Seimarbeiter ausgeübt wird;
- 2. die Verabreichung von Lohnbüchern oder Lohnzetteln bei Uebergabe der Arbeit mit genauer Angabe der Löhne und der Abzüge;
- 3. Verbot der Anrechnung der gelieferten Rohstoffe oder Materialien, Erziehung von paritätisch zusammengesetzten Lohnkommissionen mit der Befugnis, für die Verufe, die nicht durch umfassende Tarifverträge die Regelung der Löhne herbeiführt haben, allgemein gültige Minimalmätze festzusetzen.

Auf das entscheidende protestiert der Kongreß gegen die Zurücksetzung der Seimarbeiter in der Reichsversicherungsordnung, insbesondere gegen die rechtlose Stellung in den Krankentafeln und die Ausschaltung der Seimarbeiter in der Unfall- und Hinterbliebenenversicherung.

Der Kongreß wendet sich an die Seimarbeiter mit der dringenden Aufforderung, sich an die gewerkschaftlichen Organisationsanstalten anzuschließen, damit sie mit mehr im Hinblick auf die übrige Arbeiterklasse ihre wirtschaftlichen Interessen in dem Kampfe mit der Gewerkschaft durchzusetzen und der Gesetzgebung gegenüber mit mehr Nachdruck ihre berechtigten Forderungen zur Anerkennung zu bringen.

Deidmanns Vorname auf das Seimarbeitergesetz, das auf Seimarbeiterkonferenzen wiederholt der breiten Öffentlichkeit vorgelegt wurde. Die Regierung kann sich nicht damit entschuldigen, daß sie über die Mißstände nicht genügend aufgeklärt worden sei. Aber es scheint, daß sie gegen das grauenhafte Elend der Seimarbeiter nichts tun will. Für die Fabrikbetriebe ist es die Beschäftigung von Kindern verboten. In der Seimarbeiter aber besteht nach wie vor die Ausbeutung der kindlichen Arbeitskraft. Gewerkschaften und Lehrer haben mehrfach die Gefahren der Seimarbeiter hervorgehoben. Es muß endlich etwas Durchgreifendes hier geschehen. Der Redner nimmt wiederholt Bezug auf die besonders schrecklichen Verhältnisse der Seimarbeiter im Fabrikbetriebe. Man muß auch auf den Schicksal der Kinder in der Seimarbeiterbetriebe und in der Seimarbeiterbetriebe betonen. Auf der einen Seite veranlaßt man solche Tage und will wohlhaben, auf der anderen Seite aber fordert man die denkbar schändlichste Ausbeutung des Volkes. (Lebh. Zustimmung.) Es ist festgelegt, daß unsere Blumenarbeiterinnen für das Gros 7 bis 10 Pfennig erhalten, und daß sie mit Stundenlöhnen von 3 bis 5 Pfennig vorlieb nehmen müssen. (Ständ. hört!) - Bewegung; Mißbilligung. Wir erklären von dieser Stelle, daß wir mit einer solchen Wohlthätigkeit nichts zu tun haben wollen (Weisung), daß wir ein Eingreifen von Staat und Gesetzgebung verlangen und Zukünftige schaffen wollen, in denen wir eine solche Wohlthätigkeit nicht mehr gebrauchen. (Wiederholter Weisung.) Wir verlangen weiter das Verbot der Kinderarbeit auch in der Seimarbeiter, am liebsten das generelle Verbot der Beschäftigung für Jugendliche bis zum 18. Lebensjahre. Es scheint, als ob die Regierung nicht gern an eine gesetzliche Regelung dieser Materie herankommt. Millionen von Seimarbeiter finden kein Gehör. Erst wenn sie sich zu mächtigen Organisationsvereinen zusammenschließen haben, dann werden sie auch Einfluß auf die Gesetzgebung gewinnen und gleichzeitigfähig sein werden, sich mit dem Internementum in ersten Kämpfen zu wehren. (Lebhafte Weisung.)

Die Diskussion wird im Sinne der Ausführungen des Referenten geführt.

Deidmann nimmt das Schlußwort. Er stellt die Wichtigkeit des Kongresses fest in der Beurteilung des Seimarbeitergesetzes und erhebt Protest gegen die stiefmütterliche Behandlung der Seimarbeiter in der Reichsversicherungsordnung. Wo der Organisationsgebote bei den Seimarbeitern Einzug gehalten hat, da haben wir auch ohne Gesetzgebung dieser Arbeiterklasse zu besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen verschaffen können.

In der Abstimmung werden die Resolution Deidmanns und folgender Antrag Sontags einstimmig angenommen: Der organisierten Arbeiterklasse macht der Kongreß es zur Pflicht, die Vorkentwürfe zum Organisieren der Seimarbeiter nach besten Kräften zu unterstützen und vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß ihre gewerkschaftlichen weiblichen Familienangehörigen sich ihren Berufsorganisationen anschließen.

Aus den Nachbarreifen.

Graberbe und rote Straßenscheifen.

Allmählich beginnt man jetzt auch für Preußen die feindlichen beherrschenden Bestrebungen, der Leichenbegängnisse einzuschränken. Man gibt den Vorschriften, die das Reichsvereinsgesetz darüber enthält, nach. So hat der Regierungspresident zu Magdeburg die ihm untergebenen Gemeindegewerkschaften eine Verfügung erlassen, in der es u. a. heißt:

„Das Kammergericht hat sich in der Entscheidung vom 22. September 1910 erneut auf den Standpunkt gestellt, daß Polizeiverordnungen, die das Halten von Leichenreden bei Leichenbegängnissen auf Friedhöfen von einer polizeilichen Genehmigung abhängig machen, durch das Reichsvereinsgesetz beseitigt sind. Da eine andere Stellungnahme des Kammergerichts nicht mehr zu erwarten ist, so erlaube ich im Auftrage des Herrn Ministers des Innern für die Aufhebung der im hiesigen Bezirk etwa bestehenden Polizeiverordnungen, soweit sie in Rede stehende Materie betreffen, Sorge zu tragen.“

Von einer ähnlichen Verfügung für den Bezirk Merseburg, die auch dem bekannten Getriebener Prozeß eine neue Wendung geben würde, haben wir bisher leider noch nichts gehört. Wie das Gesetz und die Entscheidungen hoher Gerichte aber eine solche freiere Regelung auch für unseren Bezirk vollberechtigt erscheinen lassen, zeigt nachstehender Fall:

In dem Trauerzug für eine Genossin in Tangermünde wurden vier Kränze mit roten Schleifen getragen, und am Grabe wurden die Kränze mit den Worten: „Im Namen des... Vereins lese ich diesen Kränze“ niedergelegt. Die Kranzträger erhielten wegen großen Unfugs und wegen Veranlassung eines gemeinverpflichtigen Leichenzuges ohne Genehmigung Strafmandate. Der große Unfug wurde in der „Erregung der Argernisse“ erklärt, die ein Polizeibeamter pflichtschuldig an den roten Schleifen genommen hatte, während der Trauerzug als gemeinverpflichtig bezeichnet wurde, weil Kränze mit roten Schleifen und ein Banner mitgeführt wurden und am Grabe „Amen gehalten“ worden seien.

Gegen die Strafmandate wurde Einspruch erhoben, und alle Anklagen erlitten auf freispruch. Als letzte Instanz führte das Oberlandesgericht R a u m b u r g u. a. aus, daß in dem Tragen von Kränzen mit roten Schleifen an sich noch kein großer Unfug zu erblicken sei. Die Angeklagten würden sich nur dem freieren Gebrauch haben, wenn es sich um ein angemessenes Leichenbegängnis gehandelt hätte. Wenn Kränze mit roten Schleifen auch nicht der Ortsteile in Tangermünde entsprächen, sei ihr Zweck doch kein anderer gewesen, als die Verstorbenen zu ehren; die Pflicht, eine der Kirche oder der staatlichen Ordnung feindliche Bewimmung demonstrativ zur Schau zu tragen, liege den Angeklagten nicht nachgewiesen. Auch sei ausdrücklich festgestellt worden, daß die von den Angeklagten am Grabe gesprochenen Worte nur eine Erklärung enthielten, was die Angeklagten gerade taten; es liege also keine Leichenrede am Grabe vor.

Wir erwarten, daß auch in unserem Bezirk nach diesem selbstverständlichen Rechtsgrundsatz gehandelt wird.

Zur Seinfänger-Auslieferung.

Im Laufe dieser Woche ist es den Ausgelassenen möglich gewesen, eine ganze Anzahl Arbeitswilliger aus den gelobten Betrieben herauszuschleusen. Hierdurch gerieten manche Unternehmer sehr in die Klüme. Die Söldnerischen Unternehmer, die Wucher der Auslieferung, vertrieben aber die ausländischen Unternehmer damit, daß sie ihnen ihre Arbeitswilligen, sobald die Unruhe festsitzig ist - was in einigen Tagen eintreten soll (!?) - zur Verfügung stellen wollen. Was dann mit den Pfahlarbeiten in Halle geschieht, das fördert die Unternehmer sehr wenig. Sie fühlen sich heute als die Herren der Situation, und so mehr, als die Stadtratsordenungsverammlung durch den Mund der Herren Sommer, Reichardt und Söbdele den Seinschmeißern die dicke Fremdschicht angehängt haben. Diese drei Herren werden allerdings nicht wissen, daß Hunger weh tut; sie sitzen an den vollen Komposthaufen.

Inzwischen geht der Kampf trotz des Eingreifens der Stadtverwaltungen und Unbände zu ungunsten der Arbeiter ruhig weiter. In Hoffentlich läßt man die Beschwerden von Zeit zu Zeit und Seimar kommen, die dann ohne jedwede Anleitung die städtischen Pfahlarbeiten herstellen müssen. Der städtische Stadtschreiber Friede, der Magistratsarbeiter des Abtramm dieser Pfahlarbeiter angeboten hat, bekam es fertig, Arbeiter zu entlassen, die sich nicht zu Verdiensten an ihren spendenden Arbeitsbrüdern berechnen wollten. - Das nennt man Neutralität! Da aber trotz dieser Hilfe einer Anzahl organisierter Seinschmeißer das Wasser schon an der Kehle steht, so kommen sie jetzt und unterzeichnen die Verträge der Seinschleifer. Man führt

hierbei bittere Beschwerden über das Vorgehen der Söldnerischen Seinschleifer und deren Terrorismus. Das alles sieht aber unter 20. Weidmann nicht an, dem Arbeitgeberverband den weitgehenden Schutz zu gewähren. Um der breiten Öffentlichkeit Gelegenheit zu geben, sich einbildend über die Ursachen der Auslieferung, des Eingreifens der Behörden usw. zu informieren, wird die Verbandsleitung in allen Orten des Reichsgebietes besuchlich nach öffentlichem Besprechungen eingeladen. Es ist einfach verständlich, wenn man sich bei diesem Erdbebenkampf alles gegen die Arbeiter des Seinschleifers erlaubt hat.

Stettin. Stadtverordneten-Sitzung. Zum Bauhof Stettin-Bitterfeld lag ein Antrag der Bauhof-Deputation vor, den in das Stabgebiet fallenden Grund und Boden unentgeltlich herzugeben und außerdem ein Aktienkapital von 140 000 M. zu zeichnen. Die Aufhebung des Kapitalis ist erst dann erforderlich, wenn das übrige Kapital von den anderen Interessenten sichergestellt ist. Stadt. Michael ist der Meinung, daß man bei dieser Geldausgabe sehr vorsichtig sein muß. Im einzelnen der Vorteil dieser Wohnverbindung für Stettin ziemlich gering. Genosse R a u t e betont, daß es sich um einen Kulturfortschritt handelt und somit die nötigen Mittel beschafft werden müssen. Er tritt, lieber in Zukunft etwas genauer vorgehen, wenn andere Vorträge eingebracht werden, welcher Art der Abgemessenheit entsteht. Der Antrag wurde angenommen.

Der Außerflut will Grund und Boden zurückverleihen überlassen haben zur Errichtung eines Wohnhauses. Der Gen. R a u t e hat die Ansicht geäußert, daß es besser wäre, den Antrag bei freier Turnier auf nachweise Ueberlassung einer Weide, die als Spiel- und Zuchtland benutzt werden sollte, auch abschlägig beschieden habe. Weiter ergeht ein von der jährliche Nachfrist von 30 M. zu niedrig. Gegen die sieben Stimmen unserer Genossen wurde der Antrag angenommen.

Ferner soll die Weidungsfähigkeit erfolgen über die Aufhebung des mit der Industrieabteilung bezogen abgehandelten Elektrizitätslieferungsvertrages und Genehmigung des mit den Landratswerken Zeitzig, N. G. in Kullwitz abgehandelten neuen Vertrages und den Verkauf der Zimmerei des Elektrizitätswerks für einige Zeit der Stadtverordneten müßte gewährt bleiben. Da dies in kurzer Zeit schon der zweite Fall ist, erklärt der Redner, daß bei nochmaliger Wiederholung ein Antrag eingebracht wird, Magistrat und bet. Deputation persönlich halbtags zu machen an dem 20. März s. 67 der Stettiner Zeitung, die die Elektrizitätswerke angeht, die Verträge an der Hand früherer Schreiben meist er nach, das man heute einen Vertrag mit dem Kullwitzwerke als eigentlich bezeichnet, den man damals als unannehmbare zumidengewiesen hat. Es hätte wohl über die Aufhebung nach den damaligen Ausführungen, hauptsächlich der des Ingenieurs Schmitz, auch nach Ablauf des 15. Märzigen Vertrages mit Wägen ein eigenes Elektrizitätswerk gebaut werden sollte. Auch der Verkauf der Provinzialstraßen bestände die Meinung. Er warnt vor Auslieferung eines künftig werdenden Unternehmens an die Großindustrie. Hierbei würden die Gemeindefunktionen der Interessen der Großindustrie geopfert. Daß die Zellulosefabrik auf einmal zu einem Wert von 4 Millionen Reichsmark zu gelangen, ist kein triftiger Grund einen ziemlich ungünstigen Vertrag mit dem Kullwitzwerke abzuschließen. Vertrieben könnte man das Verlangen der Zellulosefabrik nur, wenn das Gerücht zutrifft, daß in der Zellulosefabrik einflußreiche Aktionäre der Kullwitzwerke seien.

Die Stadt verfaßt nur die Umformung, die man nach dem vorliegenden als ausdehnend zur Erreichung eines eigenen Wertes bezeichnen, sowie Transformator und Hochspannungstabel. Es verbleiben der Stadt nur die freileitende, Elektrizitätsableiter und eine Schuld von 170 000 M. Er erwartet daher die Ablehnung des Antrags und bittet folgenden Antrag anzunehmen: Die Stadtverordnetenversammlung kann den in dem Auftrage des Magistrats abgehandelten Anträgen zustimmen. Ein Teil der Anträge ab und erkläre den Magistrat, daß die Verträge über die Erhebung eines städtischen Elektrizitätswerkes ausarbeiten und dem Stadtverordnetenkollegium zugewiesen zu lassen.

Der Bürgermeister antwortet ziemlich erregt. Trifftige Gegenrede kann er aber nicht vorbringen. Die Stadt befindet sich jetzt in einer Zwangslage und müsse dem Vertrage zustimmen, der gegenüber den früheren Vorträgen vorteilhafter wäre. Redner verweist sich hinter der Ausrede, daß Genosse R a u t e nichts von den Elektrizitätsfragen verstände. Genosse R a u t e macht aber den Bürgermeistern darauf aufmerksam, daß es sich hier nicht um eine elektrifische, sondern um eine wirtschaftliche und kommunale politische Frage handle. Hier leitere sich die Stadt auf Grund und Ländchen den Kullwitzwerken aus. Jetzt wäre es Zeit, ein eigenes Werk zu errichten und sich dem Monopol der Kullwitzwerke zu entziehen. Sonst müßten wir für immer verzichten, ein werbendes Unternehmen, wie das ein Elektrizitätswerk sei, der Stadt nutzbar zu machen. Als der Ingenieur Schmitz dann auch die Verträge als äußerst günstig bezeichnete, machte er Genosse R a u t e auf den Widerspruch zwischen seinen früheren und seinen jetzigen Ausführungen aufmerksam. Die Vorträge wurde schließlich gegen die sieben Stimmen unserer Genossen und die des Stadtschreibers angenommen. In nichtöffentlicher Sitzung wurde mitgeteilt, daß sich eine Baugemeinschaft gegründet habe. Ferner, daß dem Polizeikommissar, welcher anlässlich seines 25jährigen Dienstjubiläum 300 M. als Anerkennung angeblüht worden seien.

Bitterfeld. Warnung vor dem Schützenfest. Nach nächtigen Mittwochs bis Sonntag, den 2. Juli, feiern die hiesige Schützengilde ihr Schützenfest. Bei solchen Festen sind bekanntlich auch Arbeiter gern gesehen. Hier haben sie das „Recht“, sich zu amüsieren, den Herrschaften Platz und Zelte zu füllen. Wenn viele Arbeiter aber dann nach dem „Recht“ beabsichtigen, für sich ein Fest zu feiern - ja Bauer, das versteht sich von selbst. Es bedarf wohl nur des Hinweis auf das Verbot des Sängervereins, um uns klar zu machen, welche Art „Recht“ das Sängerverein ist. Da sich ein Arbeiter, der etwas auf sich hält, solche Behandlung gefallen lassen wird, bleibt abzumachen. Solange man uns als Bürger zweiter Klasse behandelt, haben wir kein Hehl, uns den Leuten aufzubringen, nicht einmal beim Schützenfest.

Zum Reichstags-Wahlfonds:

Don 3. 2. 250 Mark. Reichend.

Bernh. Grunwald,
 Rathhausstraße 2, Nebel-Fabrik und Magazin, Mittelstraße 5a,
 neben der städtisch. Sparkasse, 90 Musterzimmer ehemal. Schreibersch. Reitbahn.

Einfache Einrichtung: Bessere Einrichtung: Elegante Einrichtung:

Wohnzimmer	225.-	Wohn-u. Esszimmer	420.-	Salon	750.-
Schlafzimmer	110.-	Korridorzimmer	370.-	Korridorzimmer	510.-
Küche	55.-	Schlafzimmer	320.-	Esszimmer	320.-
		Küche	172.-	Schlafzimmer	150.-
				Küche	150.-
					2710.-

Einrichtungen in allen Stil- und Holzarten. Transport durch eigene Gassengasse hat. Anzahl. Einrichtungen in allen Preislagen bis 2000 Mk.